

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 30. März 2026
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

A 469 Anfrage Steiner Bernhard und Mit. über die personelle Eskalation am LUKS-Standort Wolhusen und deren Auswirkungen auf die regionale Gesundheitsversorgung / Gesundheits- und Sozialdepartement

Bernhard Steiner ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Bernhard Steiner: Obwohl die Anfrage im Juni 2025 eingereicht wurde und es doch bereits einige Monate her ist, sind die Fragen mehr als gerechtfertigt. Die Querelen am Luzerner Kantonsspital (LUKS) sind weiterhin zeitungsfüllend, wenn man zum Beispiel an die «Luzerner Zeitung» vom 26. Januar 2026 liest. Die politische und juristische Aufarbeitung der Entlassung des Chefarztes ist noch nicht zu Ende. Er hat mit viel Zivilcourage gewagt, die Missstände öffentlich zu machen. Wenn Vorwürfe von Machtmissbrauch und Sexismus im Raum stehen, wirft dies politische Fragen auf, obwohl die Regierung am liebsten wegschauen würde. Die Regierung betont in ihrer Antwort – fast als Entschuldigung – die klare Trennung zwischen politischer und unternehmerischer Verantwortung. Das anerkenne ich. Es ist auch nicht Aufgabe des Kantonsrates, operative Personalentscheide zu führen. Aber es ist sehr wohl die Aufgabe unseres Rates, die Versorgungssicherheit und das Vertrauen in unsere kantonseigene Spitalgruppe zu schützen, gerade auch dann, wenn ein Konflikt über Jahre hinaus auch öffentlich ausgetragen wurde. Im März 2023 ernannte man am Standort Wolhusen einen medizinischen Co-Leiter, der seit vielen Jahren als Kritiker einer umfassenden Grundversorgung am Spitalstandort Wolhusen bekannt ist. Das wurde in der Region und vom Personal des LUKS als klare Provokation aufgefasst. Man hat also seitens der Spitalleitung bewusst Öl ins Feuer gegossen, statt die Situation zu deeskalieren. Genau dieser Co-Leiter war es auch, dessen Führungsstil angeprangert wurde. Jetzt verweist die Regierung auf eine externe Untersuchung, auf personelle Konsequenzen und einen Transformationsprozess in der Führung und der Organisation. Auch das ist grundsätzlich richtig. Aber die Ergebnisse dieser Abklärung bleiben für die Öffentlichkeit und praktisch auch für unser Parlament weitgehend eine Blackbox. Ich verlange von der Regierung eine kritische Betrachtungsweise. Welche strukturellen Defizite haben zur Eskalation geführt? Welche Massnahmen wurden verbindlich beschlossen? Schliesslich rufe ich den Regierungsrat in seiner Rolle als Eigner auch dazu auf, seine Steuerungsinstrumente konsequent zu nutzen. Die Eignerstrategie gibt dem Kanton Leitplanken in die Hand. Diese sollen nicht erst spürbar werden, wenn der Schaden entstanden ist, sondern präventiv wirken. Das schulden wir der Bevölkerung.

Sarah Arnold: Aus Sicht der FDP-Fraktion sind folgende Punkte festzuhalten: Die Versorgungssicherheit in Wolhusen war jederzeit gewährleistet. Der Verwaltungsrat nimmt

die Verantwortung für das Angebot der Gesundheitsversorgung gemäss dem Planungsbericht und dem Spitalgesetz wahr, auch in Wolhusen. Er hat die Vorwürfe der Kaderärzte unabhängig abklären lassen und daraus personalrechtliche Konsequenzen gezogen. Die Geschäftsleitung ist für die operative Umsetzung zuständig. Wie Bernhard Steiner korrekt gesagt hat, sehen auch wir, dass es nicht an der Politik liegt, operative Personalentscheide zu hinterfragen. Die Rolle der Regierung als Eignerin ist es, im Rahmen des Beteiligungscontrollings die Erfüllung der Vorgaben im Austausch mit dem CEO und dem Verwaltungsratspräsidenten sicherzustellen. Sie nimmt diese Rolle wahr. Zusätzlich stellt die Verwaltung mit der Dienststelle Gesundheit und Sport (DIGE) im Rahmen des Beitragscontrollings diese Haltung des Leistungsauftrags sicher. Aus eigener beruflicher Erfahrung weiss ich, dass es bei einer Transformation immer rumpelt. Wir wünschen uns, dass das LUKS mit der neuen Aufstellung für die Zukunft gestärkt ist und das Vertrauen in Wolhusen wiederherstellen kann. Ich denke, dass das LUKS auf gutem Weg ist.

Anja Meier: Personalentscheide beim LUKS sind in erster Linie operative Entscheide. Sie werden aber für den Kanton als Eigner dann relevant, wenn sie Fragen zur Führungskultur, Governance oder der Umsetzung politischer Vorgaben aufwerfen. Die strategische und operative LUKS-Führung ist in der Verantwortung, den Leistungsauftrag des Eigners umzusetzen. Dieser Auftrag wurde mit dem Planungsbericht Gesundheitsversorgung und dem angenommenen Spitalgesetz klar definiert und gilt für alle Standorte gleichermassen. Die von Bernhard Steiner angesprochenen Ereignisse am LUKS-Standort Wolhusen sowie die Medienberichterstattung werfen Fragen auf und schaden dem Vertrauen in die öffentliche Gesundheitsversorgung. Ohne einzelne Personalien zu kommentieren ist für uns zentral: Es braucht saubere Prozesse, eine transparente Kommunikation und eine glaubwürdige Aufarbeitung, wenn es zur Eskalation kommt. Es braucht auch unabhängige Meldekanäle, wenn interne Prozesse nicht greifen, gerade bei potenziellen Missständen, die Vorgesetzte oder strukturelle Probleme betreffen. Ein Ombudsstelle für ausgelagerte Betriebe analog zur kantonalen Verwaltung wäre für die SP ein sinnvoller Schritt, damit nicht immer gleich die Politik auf den Plan gerufen werden muss. Die SP-Fraktion wird einen entsprechenden Session einreichen. In dieser Session ist zudem eine Anfrage traktandiert. Patientensicherheit bedeutet Stabilität in den Teams, Vertrauen in die Führung und funktionierende interne Prozesse. Diesbezüglich erwarten wir von der Regierung eine aktive Wahrnehmung ihrer Verantwortung. Gerade im laufenden Transformationsprozess ist die Regierung in der Pflicht sicherzustellen, dass die Patientensicherheit, die Personalstabilität und Service public leitend sind. Zudem soll es ein Frühwarnsystem oder andere Mechanismen geben, um Transparenz bei der Umsetzung des spitalgesetzlichen Leistungsauftrags sicherzustellen. Die heutige Rolle und Einflussverteilung ist das Ergebnis einer politisch gewollten Auslagerung des LUKS. Was bleibt, ist ein inhärentes Spannungsfeld, ein Spagat, den das LUKS und die Regierung machen müssen. Ein Spagat zwischen Dividende und Wirtschaftlichkeit einerseits und dem Grundversorgungsauftrag andererseits. Auf welcher Seite die SP bei dieser Abwägung steht und welche Seite wir stärken wollen, das wissen Sie. Jetzt braucht es Stabilität, Ruhe und ein LUKS, das als Einheit denkt und geführt wird und nicht einzelne Standorte gegeneinander ausspielt. Es braucht eine Regierung und ein Gesundheits- und Sozialdepartement (GSD), die den Verwaltungsrat des LUKS auch kontrollieren und nicht erst reagieren, wenn es wieder brennt.

Luca Boog: Die Mitte erachtet die Antwort des Regierungsrates als klar, sachlich und politisch korrekt. Der Regierungsrat erinnert zu Recht an die bewusst gewählte Rollentrennung zwischen politischer Verantwortung und operativer Führung des LUKS. Wir halten fest: In den vergangenen Jahren wurde ausführlich und intensiv über die zukünftige

Ausgestaltung der Gesundheitsversorgung diskutiert. Heute liegt eine eindeutige Faktenlage vor: Ein Planungsbericht Gesundheitsversorgung, ein revidiertes Spitalgesetz und mehrere demokratische Volksentscheide. Dieser Auftrag ist klar und legitimiert. Wir sprechen von einem Service public mit definierten gemeinwirtschaftlichen Leistungen (GWL). Damit ist die Grundsatzfrage entschieden. Für die aktuellen Diskussionen rund um Wolhusen, betreffend operative und personelle Fragen, ist unser Rat nicht zuständig. Ich bin froh, dass das der Anfragende selbst auch erkannt hat. Der Regierungsrat zeigt nachvollziehbar auf, dass die Verantwortung hier beim Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung liegt und entsprechende Massnahmen eingeleitet wurden. Die Politik hat schon lange Veränderungen eingefordert. Diese Veränderungen sind nun im Gang. Ein erneuerter Verwaltungsrat, ein neuer CEO und ein laufender Transformationsprozess. Jetzt braucht es Ruhe und Verlässlichkeit, damit diese Arbeit Wirkung entfalten kann. Wer den politischen Auftrag nicht umsetzen will oder kann, stellt sich ausserhalb des gegebenen Rahmens. Aber wer ihn umsetzt, muss auch arbeiten dürfen. Die Mitte-Fraktion unterstützt deshalb die Haltung des Regierungsrates und steht für klare Zuständigkeiten und eine stabile regionale Gesundheitsversorgung.

Hannes Koch: Die Grüne Fraktion dankt der Regierung für die Beantwortung der Fragen, auch wenn sie die Fragen eigentlich nicht beantwortet. Sie stützt sich darauf, dass mit der rechtlichen Verselbständigung der kantonalen Spitäler des LUKS bewusst die Trennung zwischen politischer und unternehmerischer Verantwortung geschaffen wurde. Das wurde von einer Mehrheit unseres Rates unterstützt. Deshalb sind die Antworten der Regierung nachvollziehbar, keine Aussagen zu den Personalien zu machen. Dennoch: In der Eignerstrategie ist beschrieben, dass die LUKS AG im Rahmen der Leistungsaufträge und -vereinbarungen die Spitalversorgung im Kanton Luzern für alle Kantonsbewohnerinnen und -bewohner wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich sicherzustellen hat. Wir begrüssen deshalb auch die klare Aussage zu Frage 7, dass der Regierungsrat dem Verwaltungsrat des LUKS die Erwartung kommuniziert, das im Planungsbericht Gesundheitsversorgung definierte Leistungsangebot für den Standort Wolhusen konsequent umzusetzen und die Bedürfnisse der regionalen Standorte angemessen zu berücksichtigen. Das LUKS zeigt ja bereits jetzt, dass es das sehr ernst nimmt. Die Umsetzung des Planungsberichts Gesundheitsversorgung erfolgt schlussendlich durch Personen, also Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verschiedenen hierarchischen und Abteilungsstufen der Institution. Es muss auch im Interesse des Eigners sein, dass dies im Rahmen der Aufgaben und Kompetenzen zum Gelingen beitragen kann.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuor.

Michaela Tschuor: Die Anfrage greift eine Situation auf, die uns alle beschäftigt hat, und Sie können sich gut erinnern, dass wir über dieses Thema vor ungefähr zweieinhalb Jahren vor der Spitalgesetzabstimmung auch hier im Rat nochmals lange diskutiert haben. Ich glaube, ich habe an dieser Stelle damals mein längstes Votum zur Aufarbeitung rund um die Situation von Wolhusen gehalten. Es war damals wie der Start einer vertieften Diskussion, und ja, die Ereignisse rund um den Standort Wolhusen haben damals zu Recht eine Diskussion ausgelöst, die sich hingezogen hat, bis zu sehr unschönen Situationen, Ereignissen und Berichterstattungen. Aber wie gesagt, das sind Phasen, die inzwischen zurückliegen und aufgearbeitet wurden. Ich glaube, dass wir das gut darlegen konnten. Der Verwaltungsrat hat die Situation extern untersuchen lassen, Konsequenzen gezogen und einen umfassenden Transformationsprozess eingeleitet. Wichtig an dieser Stelle ist nochmals darauf hinzuweisen, dass wir mit der Auslagerung der Spitäler in eine Aktiengesellschaft tatsächlich eine Transformation vorgenommen haben, in der es bis heute wichtig ist, immer wieder auf die Rollen, Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten in Führung, Aufsicht und

Kommunikation zu verweisen. Das haben wir auch im Rahmen in einer der letzten Sitzungen der Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (GASK) getan. Ich habe dort darauf hingewiesen, wie sich dieses Rollenverständnis manifestieren sollte, wie ich meine Rolle als Gesundheits- und Sozialdirektorin verstehe, wie der Regierungsrat seine Aufsichtsfunktion versteht, wie der Verwaltungsrat als strategisches Organ der Aktiengesellschaft funktioniert und wie die Geschäftsleitung, die vom CEO geführt wird, die operativen Geschäfte des Spitals verantwortet. Inzwischen ist der Verwaltungsrat neu besetzt. Er hat den Auftrag erhalten, auch die Geschäftsleitung und das Organigramm neu zu bilden. Sie sind daran, dass diese Transformation innerhalb des Konzerns stattfindet. Verantwortlich dafür sind der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung. Der Regierungsrat begleitet diesen Prozess im Rahmen der strukturierten Koordinationssitzungen eng. Diese werden auch protokolliert, hier werden entsprechende Zahlen und Fakten miteinander ausgehandelt und wir fassen immer nach. Es ist auch klar, dass die Situation des Transformationsprozesses eingeleitet ist. Ich gebe ich Ihnen recht, wenn Sie sagen, dass eine Transformation zu einem Rumpeln führt. Auch das hat unser Rat zur Kenntnis genommen. Dieses Rumpeln führt auch dazu, dass sich einige Mitarbeitende im LUKS vielleicht verunsichert fühlen. Hier ist es Aufgabe der Geschäftsleitung des LUKS, diese Mitarbeitenden genauso eng zu begleiten, wie sie das heute tut im Rahmen ihres Stakeholdermanagements. Das heisst, dass der Verwaltungsrat mit dem Verein Pro Spital Wolhusen neu strukturierte Gefässe pflegt, aber auch mit den Kantonsrätinnen und Kantonsräten. Genauso ist er von der Regierung angehalten, dass er innerhalb des Konzerns die Information und Kommunikation verbessert, zumal wir festgestellt haben, dass offensichtlich innerbetrieblich nicht die gleichen Informationen fließen, die wir in der Regierung haben. Es ist wichtig, dass dieses Defizit gefüllt wird. Darauf machen wir aufmerksam. Wir nehmen unsere Verantwortung als Regierungsrat wahr, und auch ich als Gesundheits- und Sozialdirektorin, aber immer mit dem Bekenntnis, wer welche Aufgaben und wer welche Kompetenzen und Verantwortlichkeiten hat. Diese sind bei einer Aktiengesellschaft sehr, sehr klar geregelt. Der Verwaltungsrat des LUKS hat ausserdem entschieden, die Medizinalstrategie über alle Standorte, inklusive Nid- und auch Obwalden, im Rahmen der Spitalgesetzgebung des Kantons Luzern zu überdenken. Auch hier geht es wieder um Transformation. Diese medizinische Strategie wird, sobald sie vorliegt, auch in der Fachkommission vorgestellt werden. Hier geht es darum, dass wir die Transformation, die wir brauchen, transparent, offen und ehrlich führen, damit die Versorgung sichergestellt ist. Auch dabei wird es wieder rumpeln, und auch dabei wird es Diskussionen geben, weil nicht alle glücklich sind oder das gleiche Ziel haben. Aber Fakt ist, und da teile ich das entsprechende Votum, dass wir eine standortübergreifende Zusammenarbeit antizipieren müssen, damit wir die medizinischen Dienstleistungen überhaupt sicherstellen können, die wir für die Zukunft brauchen. Uns gehen die Fachkräfte aus. Wir müssen mit den Fachkräften, die wir haben, die medizinische Versorgung der Zukunft stemmen. Das ist das, was uns im Moment umtreibt. Ich bedanke mich ganz herzlich für die Diskussionen, die wir in diesem Rat rund um die Versorgung immer wieder geführt haben. Die Versorgung ist sichergestellt, sie war nicht gefährdet. Aber es gab offensichtlich in den letzten zwölf Jahren Unterschiede und Konflikte, wie man die Versorgung aufrechterhalten und gestalten möchte. Ich glaube, dass wir hier wir besser werden können, indem wir in Zukunft transparent miteinander erarbeiten, wie diese Versorgung aussehen soll.